

Teil I

1962	Ausgegeben zu Bonn am 4. Mai 1962	Nr. 15
------	-----------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
30. 4. 62	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten	245
	Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger	268

In Teil II Nr. 5, ausgegeben am 28. Februar 1962, sind veröffentlicht: Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr, des Zusatzprotokolls hierzu betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr und des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge. — Zwölfte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962 (Angleichungszoll für Fondantmasse — Neufestsetzung).

In Teil II Nr. 6, ausgegeben am 23. März 1962, sind veröffentlicht: Verordnung über Erläuterungen zum Deutschen Zolltarif 1962. — Sechzehnte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1961 (Zollkontingente für Zeitungsdruckpapier und Eisen- und Stahlpulver aus Nicht-EWG-Ländern). — Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Vereinbarung und der Verordnung über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen an der deutsch-belgischen Grenze in Lichtenbusch, Mützenich und Losheim. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen (Inkrafttreten für Haiti und Mali). — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Weizen-Übereinkommens 1959 (Inkrafttreten für Sierra Leone). — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 2 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Arbeitslosigkeit (Inkrafttreten für Marokko). — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 11 der Internationalen Arbeitsorganisation über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 12 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen (Inkrafttreten für Gabun und den Malaiischen Bund). — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 18 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten.

Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (*Nachrichtlicher Abdruck*)

Die Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft — Verordnung Nr. 10 betreffend die Ausnahme kleiner Mengen von Erzen, Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Stoffen von den Vorschriften des Kapitels über die Versorgung. — Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Änderungen zu Anhang D der Verordnung Nr. 3 über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer und Änderung zu Anhang 6 der Verordnung Nr. 4 zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung Nr. 3 über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer. — Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Verordnung Nr. 17 Erste Durchführungsverordnung zu den Artikeln 85 und 86 des Vertrages. — Die Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft — Neufassung des Artikels 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung.

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten (APO)

Vom 30. April 1962

Inhaltsübersicht

ERSTER TEIL

Ausbildung

Abschnitt 1

Vorbereitungsdienst für Anwärter der Laufbahnen des einfachen, des mittleren und des gehobenen Dienstes

Unterabschnitt 1

Gemeinsame Vorschriften

	§
Ziel des Vorbereitungsdienstes	1
Ausbildungsbehörden	2
Ausbildungsfinanzämter, Unterrichtsfinanzämter	3

	§
Ausbildungsbeamte	4
Ausbildungsplan, Beurteilung	5
Unterricht während der praktischen Ausbildung	6
Beschäftigungsnachweis	7
Unterrichtsbuch	8
Unterbrechung der Ausbildung	9
Zulässigkeit von Abweichungen, Urlaubsanrechnung	10

Unterabschnitt 2

Einzelvorschriften

a) Laufbahn des einfachen Dienstes	
Vorbereitungsdienst	11
b) Laufbahn des mittleren Dienstes	
Ausbildungsabschnitte	12
Praktische Ausbildung	13
Abschlußlehrgang	14
c) Laufbahn des gehobenen Dienstes	
Ausbildungsabschnitte	15
Praktische Ausbildung	16
Einführungslehrgang	17
Abschlußlehrgang	18

Abschnitt 2

Praktikum für Bewerber der mittleren und der gehobenen Laufbahn

Zweck des Praktikums und seine Gestaltung im allgemeinen	19
Rechtsverhältnis und Bezeichnung der Praktikanten	20

Abschnitt 3

Ausbildung für den Aufstieg in den mittleren und den gehobenen Dienst	21
---	----

Abschnitt 4

Ausbildung für den höheren Dienst

Allgemeines	22
Ausbildungsabschnitte	23
Praktische Ausbildung	24
Ausbildung an der Bundesfinanzakademie	25

ZWEITER TEIL

Prüfungen

Allgemeines	26
Prüfungsausschüsse	27
Durchführung der Prüfungen	28
Prüfungsnoten	29
Schriftliche Prüfung	30
Aufsicht bei der schriftlichen Prüfung	31
Ordnungswidriges Verhalten	32
Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten	33
Ergebnis der schriftlichen Prüfung	34
Mündliche Prüfung	35
Ergebnis der gesamten Prüfung	36
Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses	37
Wiederholung der Laufbahnprüfung	38
Nichtteilnahme an der Prüfung oder an einzelnen Prüfungsteilen	39
Beurkundung des Prüfungsherganges	40

DRITTER TEIL

§

Gewährleistung der einheitlichen Ausbildung (Koordinierungsausschuß)	41
---	-----------

VIERTER TEIL

Schlußvorschriften

Übergangsregelung	42
Berlin-Klausel	43
Inkrafttreten	44

ANLAGEN

Anlage

Plan für die praktische Ausbildung	1
Gesamtbeurteilung über die praktische Ausbildung	2
Beschäftigungsnachweis	3
Unterrichtsbuch	4
Beurteilungsblatt	5
Prüfungszeugnis	6
Befähigungszeugnis	7
Niederschrift über den Prüfungshergang	8

Auf Grund des § 8 des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes vom 16. Mai 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 603, 800) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

ERSTER TEIL

Ausbildung

Abschnitt 1

Vorbereitungsdienst für Anwärter der Laufbahnen des einfachen, des mittleren und des gehobenen Dienstes

Unterabschnitt 1

Gemeinsame Vorschriften

§ 1

Ziel des Vorbereitungsdienstes

(1) Die Ausbildung der Anwärter ist so zu gestalten, daß diese den Anforderungen ihrer Laufbahn in der Steuerverwaltung gewachsen sind.

(2) Den Anwärtern ist Gelegenheit zu geben, Einrichtungen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens kennenzulernen und ihre allgemeine Urteilsfähigkeit für ihre künftige Verwendung weiterzubilden.

§ 2

Ausbildungsbehörden

(1) Ausbildungsbehörden sind die Oberfinanzdirektionen und die Finanzämter. Die Lehrgänge werden an Landesfinanzschulen durchgeführt. Der Unterricht und die lehrgangsmäßige Ausbildung richten sich nach einheitlichen Zeit- und Stoffverteilungsplänen.

(2) Bei jeder Oberfinanzdirektion ist ein Beamter zum Ausbildungsreferenten zu bestellen.

§ 3

Ausbildungsfinanzämter, Unterrichtsfinanzämter

Die Oberfinanzdirektion weist die Anwärter bestimmten Finanzämtern (Ausbildungsfinanzämtern) zu. Sie kann die Anwärter mehrerer Finanzämter für den Unterricht bei bestimmten Finanzämtern (Unterrichtsfinanzämtern) zusammenfassen.

§ 4

Ausbildungsbeamte

(1) Die Oberfinanzdirektion bestimmt nach Anhören des Vorstehers des Ausbildungsfinanzamts einen Beamten zum Ausbildungsleiter. Er ist dem Vorsteher in dieser Eigenschaft unmittelbar unterstellt. Er leitet und überwacht die Ausbildung der Anwärter.

(2) Der Vorsteher bestimmt auf Vorschlag des Ausbildungsleiters die Beamten, denen die Anwärter zur praktischen Ausbildung zugeteilt werden, und die Beamten, die den Unterricht erteilen. Die Oberfinanzdirektion bestimmt die Unterrichtsbeamten bei den Unterrichtsfinanzämtern.

(3) Der Vorsteher hat sich persönlich laufend vom Stand der Ausbildung zu überzeugen und eine sorgfältige Ausbildung des Nachwuchses sicherzustellen.

§ 5

Ausbildungsplan, Beurteilung

(1) Der Vorsteher stellt auf Vorschlag des Ausbildungsleiters nach den §§ 13, 16 für jeden Anwärter einen Plan für die praktische Ausbildung nach dem Muster der Anlage 1 auf.

(2) Am Schluß der praktischen Ausbildung erstellt der Vorsteher im Benehmen mit dem Ausbildungsleiter eine Gesamtbeurteilung nach dem Muster der Anlage 2. Werden die Leistungen eines Anwerter während der praktischen Ausbildung bemängelt, so ist dieser hiervon in Kenntnis zu setzen.

§ 6

Unterricht während der praktischen Ausbildung

Während der praktischen Ausbildung erhalten die Anwärter Unterricht, der auf die Praxis abzustellen ist. Die Oberfinanzdirektion oder der von ihr bestimmte Vorsteher stellt dafür den Zeit- und Stoffverteilungsplan auf.

§ 7

Beschäftigungsnachweis

Der Anwärter führt für die Dauer der praktischen Ausbildung einen Beschäftigungsnachweis nach dem Muster der Anlage 3. Er hat fortlaufend einzutragen, in welchen Arbeitsgebieten und mit welchen Arbeiten er beschäftigt worden ist und auf welche Gebiete sich der Unterricht erstreckt hat. Der Beschäftigungsnachweis ist monatlich dem Ausbildungsleiter und nach jedem Ausbildungsteilabschnitt dem Vorsteher vorzulegen.

§ 8

Unterrichtsbuch

Der Ausbildungsleiter führt für jede Unterrichtsgruppe ein Unterrichtsbuch nach dem Muster der Anlage 4.

§ 9

Unterbrechung der Ausbildung

(1) Versäumt ein Anwärter aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen einen Teil der praktischen Ausbildung und wird diese dadurch in der Laufbahn des mittleren Dienstes nicht länger als insgesamt zwei Monate, in der Laufbahn des gehobenen Dienstes nicht länger als insgesamt vier Monate unterbrochen, so wird die Ausbildungszeit nicht verlängert, wenn das Versäumte unter Kürzung der noch ausstehenden Ausbildungsteilabschnitte nachgeholt werden kann oder der Anwärter ausreichend ausgebildet erscheint. Die Oberfinanzdirektion entscheidet, wenn die praktische Ausbildung um mehr als einen Monat unterbrochen worden ist. Muß die praktische Ausbildungszeit verlängert werden, so nimmt der Anwärter am nächstfolgenden Lehrgang teil.

(2) Ist ein Anwärter aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen länger als drei Wochen an der Teilnahme an einem Lehrgang verhindert, so ent-

scheidet die Oberfinanzdirektion im Benehmen mit dem Leiter der Finanzschule, gegebenenfalls mit dem Lehrgangsleiter, ob er an der anschließenden Prüfung teilnimmt oder an das Ausbildungsfinanzamt zurückkehrt und an einem späteren Lehrgang mit der daran anschließenden Prüfung teilnimmt. Eine Prüfungserleichterung darf nicht gewährt werden.

§ 10

Zulässigkeit von Abweichungen, Urlaubsanrechnung

(1) Geringfügige Abweichungen von der in dieser Verordnung vorgesehenen Zeit- und Stoffverteilung sind zulässig, wenn sie einer sinnvollen Ausbildung dienen.

(2) Der Urlaub soll anteilmäßig auf die Teilabschnitte der praktischen Ausbildung angerechnet werden.

Unterabschnitt 2

Einzelvorschriften

a) Laufbahn des einfachen Dienstes

§ 11

Vorbereitungsdienst

(1) Der Vorbereitungsdienst umfaßt eine sechsmonatige Einführung in das Aufgabengebiet des einfachen Dienstes; in dieser Zeit sollen die Anwärter die Aufgaben der Beamten des einfachen Dienstes der Steuerverwaltung kennenlernen und mit dem Aufbau dieser Verwaltung sowie mit den Pflichten und Rechten eines Beamten in den Grundzügen vertraut gemacht werden.

(2) Nach Ablauf des Vorbereitungsdienstes ist durch den Vorsteher des Finanzamts festzustellen, ob das Ziel des Vorbereitungsdienstes erreicht worden ist. Wenn nötig, kann der Vorbereitungsdienst bis zu weiteren sechs Monaten verlängert werden.

(3) Eine Prüfung ist nicht abzulegen.

(4) Die §§ 5 bis 10 sind nicht anzuwenden.

b) Laufbahn des mittleren Dienstes

§ 12

Ausbildungsabschnitte

Der Vorbereitungsdienst umfaßt

1. die praktische Ausbildung und den Unterricht beim Finanzamt für die Dauer von fünfzehn Monaten und
2. eine lehrgangsmäßige Fachausbildung für die Dauer von drei Monaten.

§ 13

Praktische Ausbildung

(1) Die praktische Ausbildung beim Finanzamt erstreckt sich auf alle Aufgaben des mittleren Dienstes.

(2) Ausbildungsabschnitte sind:

1. Geschäftsstelle, Meldewesen, Kanzlei, Registratur, Posteingangs- und Absendestelle 1 Monat

2. Veranlagungsbezirk und Bewertungsstelle (Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Vermögensteuer, Gewerbesteuer, gegebenenfalls Gemeindesteuern)	7 Monate
3. Lohnsteuerstelle	2 Monate
4. Finanzkasse	3 Monate
5. Vollstreckungsstelle	1 Monat
6. Die Ausbildung während eines weiteren Monats regelt die oberste Finanzbehörde oder die von dieser bestimmte Stelle.	1 Monat
zusammen	15 Monate

Die Reihenfolge der Ausbildungsteilabschnitte ist nicht bindend; Änderungen sollen jedoch stets auf die sinnvolle Gestaltung der Ausbildung Bedacht nehmen.

(3) In den einzelnen Ausbildungsteilabschnitten sind die Steueranwärter in den Dienstzweig einzuführen, mit der fachlichen und technischen Handhabung der dienstlichen Obliegenheiten vertraut zu machen und zu deren selbständiger Ausübung anzuleiten. Sie sind nicht nur mit Arbeiten mechanischer Art, sondern auch mit der Fertigung von Entwürfen, der Aufnahme von Niederschriften über einfache Verhandlungen und der Durchführung einfacher Veranlagungen zu beschäftigen.

(4) Neben der praktischen Ausbildung erhalten die Steueranwärter wöchentlich mindestens drei Stunden Unterricht. Dieser soll ihnen eine einführende Übersicht über das steuerliche Fachwissen vermitteln und sie mit den Grundzügen der Staats- und Verwaltungskunde sowie des Beamtenrechts vertraut machen. Der Lehrstoff im Unterricht soll sich in Auswahl und Reihenfolge nach Möglichkeit dem jeweiligen Stand der praktischen Ausbildung anpassen.

(5) Die Steueranwärter haben vierteljährlich eine schriftliche Hausarbeit und zwei Aufsichtsarbeiten anzufertigen. Die Arbeiten sind zu besprechen, die Aufsichtsarbeiten sind außerdem zu bewerten.

§ 14

Abschlußlehrgang

(1) Der Lehrplan sieht vor:

	Unterrichtsstunden
1. Staats- und Verwaltungskunde, Grundgesetz, Landesverfassung	24
2. Aufbau und Aufgaben der Finanzverwaltung, innerdienstliche Arbeitseinteilung der Finanzämter, Rationalisierung	12
3. Beamtenwesen, Besoldungswesen	6
4. Behördenschriftverkehr, Publikumsverkehr	6
5. Buchungsordnung, Aktenverwaltung	12
6. Allgemeine Rechtskunde (Einführung in die für das Steuerrecht bedeutsamen öffentlich-rechtlichen und bürgerlich-rechtlichen Grundbegriffe)	24

7. Reichsabgabenordnung und Nebengesetze	32
8. Buchführung	32
9. Umsatzsteuer	28
10. Einkommensteuer, Gewerbesteuer	54
11. Lohnsteuer	30
12. Einheitsbewertung, Vermögensteuer, Grundsteuer	24
13. Kassen- und Rechnungswesen	42
14. Vollstreckungswesen	24
15. Die Ausbildung während weiterer zehn Unterrichtsstunden regelt die oberste Finanzbehörde oder die von dieser bestimmte Stelle.	10
zusammen	360

Daneben soll monatlich eine Sonderveranstaltung (allgemeinbildende Vorträge) stattfinden.

(2) Während des Lehrgangs ist für jedes Gebiet der schriftlichen Prüfung (§ 30 Abs. 1 Buchstabe a) mindestens eine Aufsichtsarbeit zu fertigen.

c) Laufbahn des gehobenen Dienstes

§ 15

Ausbildungsabschnitte

(1) Der Vorbereitungsdienst umfaßt

1. die praktische Ausbildung und den Unterricht beim Finanzamt für die Dauer von 27 Monaten und
2. eine lehrgangsmäßige fachwissenschaftliche Ausbildung, und zwar
 - a) einen dreimonatigen Einführungslehrgang,
 - b) einen sechsmonatigen Abschlußlehrgang.

(2) Der Einführungslehrgang beginnt spätestens fünf Monate nach Beginn des Vorbereitungsdienstes.

§ 16

Praktische Ausbildung

(1) Die praktische Ausbildung beim Finanzamt erstreckt sich auf alle Aufgaben der Beamten des gehobenen und des mittleren Dienstes. Zu Vertretungen oder Aushilfen dürfen die Finanzanwärter nur insoweit verwendet werden, als die Beschäftigung geeignet ist, die Ausbildung durch Gewöhnung an selbständiges Arbeiten zu fördern.

(2) Ausbildungsteilabschnitte sind:

1. Geschäftsstelle, Meldewesen, Kanzlei $\frac{1}{2}$ Monat
2. Veranlagung einschließlich Steuerstrafsachen 13 Monate
3. Kassendienst $2\frac{1}{2}$ Monate
4. Vollstreckungsdienst $1\frac{1}{2}$ Monate
5. Lohnsteuer $1\frac{1}{2}$ Monate
6. Betriebsprüfung (Außendienst) 3 Monate
7. Bewertungsstelle 2 Monate
8. Die Ausbildung während weiterer drei Monate regelt

die oberste Finanzbehörde oder die von dieser bestimmte Stelle. 3 Monate
zusammen 27 Monate

Die Reihenfolge der Ausbildungsteilabschnitte ist nicht bindend; Änderungen sollen jedoch stets auf die sinnvolle Gestaltung der Ausbildung Bedacht nehmen.

(3) Neben der praktischen Ausbildung erhalten die Finanzanwärter wöchentlich mindestens vier Stunden Unterricht. Der Unterrichtsstoff soll sich in Auswahl und Reihenfolge dem jeweiligen Stand der praktischen Ausbildung anpassen. Die Finanzanwärter sollen sich im freien Vortrag üben.

(4) Die Finanzanwärter haben vierteljährlich mindestens eine schriftliche Hausarbeit und zwei Aufsichtsarbeiten anzufertigen. Die Arbeiten sind zu besprechen, die Aufsichtsarbeiten außerdem zu bewerten. Auf die Fertigung von Berichten und Rechtsmittentscheidungen ist Wert zu legen.

(5) Die Finanzanwärter nehmen an Amts- und Sachbearbeiterbesprechungen teil. Außerdem ist ihnen nach Möglichkeit Gelegenheit zu geben, an mündlichen Verhandlungen vor dem Steuerauschuß, an einer mündlichen Verhandlung vor dem Finanzgericht und an einer Kassenprüfung teilzunehmen.

§ 17

Einführungslehrgang

(1) Der Lehrplan sieht vor:

	Unterrichtsstunden
1. Staats- und Verwaltungsrecht, Grundgesetz, Landesverfassung	20
2. Aufbau und Aufgaben der Finanzverwaltung, innerdienstliche Arbeitseinteilung der Finanzämter, Aktenverwaltung, Rationalisierung	8
3. Haushaltswesen	4
4. Öffentliches Dienstrecht	8
5. Behördenschriftverkehr, Publikumsverkehr	6
6. Buchungsordnung	8
7. Allgemeine Rechtskunde	36
8. Reichsabgabenordnung und Nebengesetze	44
9. Buchführung und Bilanzwesen	56
10. Umsatzsteuer	30
11. Einkommensteuer und Lohnsteuer	60
12. Einheitsbewertung, Vermögensteuer, Grundsteuer	24
13. Gewerbesteuer	12
14. Kassen- und Rechnungswesen	20
15. Vollstreckungswesen	12
16. Die Ausbildung während weiterer zwölf Stunden regelt die oberste Finanzbehörde oder die von dieser bestimmte Stelle.	12
zusammen	360

Daneben sollen nach Möglichkeit Arbeitsgemeinschaften gebildet werden und Sonderveranstaltungen (allgemeinbildende Vorträge) stattfinden.

(2) Während des Lehrgangs ist für jedes Gebiet der schriftlichen Prüfung (§ 30 Abs. 1 Buchstabe b aa) mindestens eine Aufsichtsarbeit anzufertigen.

§ 18

Abschlußlehrgang

(1) Der Lehrplan sieht vor:

	Unterrichts- stunden
1. Staats- und Verwaltungsrecht	20
2. Haushaltsrecht	6
3. Öffentliches Dienstrecht	18
4. Allgemeine Rechtskunde (Bürgerliches Recht, Handelsrecht)	60
5. Reichsabgabenordnung (einschließlich Strafrecht) und Nebengesetze, Rationalisierung	96
6. Buchführung und Bilanzwesen, Betriebswirtschaftslehre, Betriebsprüfung	96
7. Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Geld-, Bank- und Börsenwesen	12
8. Umsatzsteuer	72
9. Einkommensteuer	96
10. Körperschaftsteuer	24
11. Lohnsteuer	24
12. Einheitsbewertung, Vermögensteuer, Grundsteuer	72
13. Gewerbesteuer	16
14. Verkehrssteuern einschließlich Erbschaftsteuer	20
15. Doppelbesteuerung, Internationales Steuerrecht	4
16. Kassen- und Rechnungswesen	36
17. Vollstreckungswesen	24
18. Zölle und Verbrauchsteuern unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenhänge mit der Verwaltung der Besitz- und Verkehrssteuern	6
19. Die Ausbildung während weiterer achtzehn Stunden regelt die oberste Finanzbehörde oder die von dieser bestimmte Stelle.	18
zusammen	720

Daneben sollen nach Möglichkeit Arbeitsgemeinschaften gebildet werden und monatlich eine Sonderveranstaltung (allgemeinbildende Vorträge) stattfinden.

(2) Während des Lehrgangs ist für jedes Gebiet der schriftlichen Prüfung (§ 30 Abs. 1 b bb) mindestens eine Aufsichtsarbeit zu fertigen.

Abschnitt 2

Praktikum für Bewerber der mittleren und der gehobenen Laufbahn

§ 19

Zweck des Praktikums und seine Gestaltung im allgemeinen

(1) Das Praktikum (§ 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2 des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes) soll Unterschiede der Vorbildung und des Alters bis zum Beginn des Vorbereitungsdienstes möglichst ausgleichen. Die Praktikanten sollen außerdem in die Aufgaben der Steuerverwaltung eingeführt werden.

(2) Die Praktikanten haben an dem gesetzlich vorgeschriebenen Berufsschulunterricht teilzunehmen. Beim Finanzamt erhalten sie wöchentlich mindestens drei Stunden Unterricht, besonders über Fragen der Allgemeinbildung sowie der Verwaltungs- und Staatsbürgerkunde. Er kann durch den Besuch entsprechender Unterrichtsstunden an einer Verwaltungsschule oder einer ähnlichen Einrichtung ersetzt werden. Die Praktikanten sind verpflichtet, sich selbst um ihre Weiterbildung zu bemühen.

(3) Für die Ausbildung während des Praktikums gelten im übrigen die Bestimmungen der §§ 2 bis 5, 7 und 8 entsprechend.

(4) Bei der Anrechnung von Zeiten im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 2 oder des § 4 Abs. 2 Satz 2 des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes auf das Praktikum ist ein strenger Maßstab anzulegen.

(5) Am Ende des Praktikums stellt die Oberfinanzdirektion fest, ob der Bewerber für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst der angestrebten Laufbahn geeignet ist. Eine Verlängerung des Praktikums ist ausgeschlossen.

§ 20

Rechtsverhältnis und Bezeichnung der Praktikanten

(1) Die Rechtsstellung der Praktikanten richtet sich nach den landesrechtlichen Vorschriften.

(2) Die Praktikanten für den mittleren Dienst führen die Bezeichnung Steuerschüler; die Praktikanten für den gehobenen Dienst führen die Bezeichnung Finanzschüler.

Abschnitt 3

Ausbildung für den Aufstieg in den mittleren und den gehobenen Dienst

§ 21

Für die Aufteilung in die praktische und die lehrgangsmäßige Ausbildung sowie für die Durchführung der Ausbildung gelten die Vorschriften der §§ 12 bis 14 und der §§ 15 bis 18 entsprechend. Eine Kürzung der Ausbildungszeit nach § 6 Abs. 2 des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes soll nur in Ausnahmefällen gestattet werden. Arbeitsgebiete, in denen die Beamten noch nicht oder nur kurze Zeit beschäftigt waren, sind bei der Ausbildung vor allem zu berücksichtigen. Der Lehrstoff des Einführungsleh-

ganges (§ 17) und die Zwischenprüfung können dem besonderen Ausbildungsstand der Aufstiegsbewerber zum gehobenen Dienst angepaßt werden.

Abschnitt 4

Ausbildung für den höheren Dienst

§ 22

Allgemeines

Die Ausbildung der Finanz-(Regierungs-)Assessoren soll deren bisherige fachliche Ausbildung ergänzen und sie auf ihre künftigen Aufgaben als Beamte des höheren Dienstes der Finanzverwaltung vorbereiten.

§ 23

Ausbildungsabschnitte

(1) Die Ausbildung umfaßt

1. die praktische Ausbildung beim Finanzamt, bei der Oberfinanzdirektion und beim Finanzgericht für die Dauer von fünfzehn Monaten,
2. die lehrgangsmäßige Ausbildung an der Bundesfinanzakademie für die Dauer von drei Monaten, bestehend aus
 - einem Einführungslehrgang,
 - einem Zwischenlehrgang und
 - einem Abschlußlehrgang.

(2) Der erfolgreiche Abschluß der Ausbildung für den höheren Dienst ist durch die oberste Finanzbehörde unter Berücksichtigung der bei den Personalakten befindlichen Zeugnisse über die fachliche und persönliche Eignung festzustellen.

§ 24

Praktische Ausbildung

(1) Die Finanz-(Regierungs-)Assessoren sollen während der praktischen Ausbildung

1. beim Finanzamt in dessen Aufgaben, Organisation und Geschäftsbetrieb gründlich eingearbeitet,
2. bei der Oberfinanzdirektion in die Aufgaben und die Organisation der Besitz- und Verkehrsteuerabteilung als Mittelinanz und Aufsichtsbehörde und
3. beim Finanzgericht in das Wesen und die Bedeutung der Finanzgerichtsbarkeit und das finanzgerichtliche Verfahren eingeführt werden.

(2) Die Finanz-(Regierungs-)Assessoren werden ausgebildet:

1. Beim Finanzamt
 - a) in einer Veranlagungsstelle, in einer Lohnsteuerstelle sowie in einer Bewertungsstelle 4 Monate

b) in der Strafsachenstelle 1/2 Monat

c) in der Finanzkasse und in der Vollstreckungsstelle (bei mindestens einer Kassenprüfung müssen sie zugegen sein) 1/2 Monat

d) als Sachgebietsleiter unter der Leitung des Vorstehers 1 Monat

e) in der Betriebsprüfung; hierbei sollen sie auch an Schlußbesprechungen teilnehmen; außerdem sollen sie einen Klein- und einen Mittelbetrieb selbständig prüfen 5 Monate

Unabhängig von ihrer Beschäftigung in den vorstehend bezeichneten Arbeitsgebieten sind ihnen einzelne zur Förderung der Ausbildung geeignete Sachen zuzuleiten; sie sind ferner zu Verhandlungen und zu Steuerausschußsitzungen hinzuzuziehen.

2. Bei der Oberfinanzdirektion in der Besitz- und Verkehrsteuerabteilung 2 Monate

3. Beim Finanzgericht 1 Monat

4. Die Ausbildung während eines weiteren Monats regelt die oberste Finanzbehörde oder die von dieser bestimmte Stelle. 1 Monat

zusammen 15 Monate

Die Ausbildung in der Betriebsprüfung (Nummer 1 Buchstabe e) soll den letzten Ausbildungsteilabschnitt bilden; im übrigen ist die Reihenfolge der Ausbildungsteilabschnitte nicht bindend.

(3) Es wird von den Finanz-(Regierungs-)Assessoren erwartet, daß sie sich die erforderlichen Fachkenntnisse durch nachhaltiges Selbststudium der einschlägigen Gesetze und Verwaltungsbestimmungen sowie der Rechtsprechung und der Fachliteratur aneignen.

(4) Es sollen nach Möglichkeit Arbeitsgemeinschaften eingerichtet werden.

§ 25

Ausbildung an der Bundesfinanzakademie

(1) Der Einführungslehrgang soll möglichst innerhalb der ersten vier Monate der Ausbildung beginnen, der Abschlußlehrgang soll wenn möglich während der Ausbildung im Betriebsprüfungsdienst stattfinden.

(2) Die Lehrpläne sehen etwa folgende Stunden-
zahl vor:

	Ein- führungs- lehrgang	Zwischen- lehrgang	Ab- schluß- lehrgang
1. Buchführung, Bilanz- steuerrecht und Be- triebsprüfung	55	50	60
2. hauptsächliche Steuerrechtsgebiete	60	50	40
3. Einzelvorträge über wichtige Randge- biete wie betriebs- wirtschaftliche, volkswirtschaftliche, soziologische, allge- mein beamtenrecht- liche, psychologische und ähnliche Fragen	20	20	20
zusammen	135	120	120

Ein angemessener Teil des Unterrichts ist in Form
von Arbeitsgemeinschaften durchzuführen.

In jedem Lehrgang finden ferner mindestens zwei
Besichtigungen von Wirtschaftsunternehmen
und anderen Einrichtungen sowie wöchentlich je ein
Abendvortrag über allgemeine Fragen statt.

ZWEITER TEIL

Prüfungen

§ 26

Allgemeines

(1) Die Prüfungsordnung gilt

1. für die Laufbahnprüfung für den mittleren
Dienst,
2. für die Zwischenprüfung und die Laufbahn-
prüfung für den gehobenen Dienst.

(2) Die Prüfungen bestehen aus einem schriftlichen
und einem mündlichen Teil; sie sollen zeigen, ob die
Prüflinge nach ihren geistigen Anlagen, ihren
Kenntnissen und fachlichen Leistungen sowie ihrer
Gesamtpersönlichkeit für die Laufbahn befähigt
sind.

§ 27

Prüfungsausschüsse

(1) Die Prüfungen werden vor Prüfungsausschüs-
sen abgelegt; die oberste Finanzbehörde oder die
von ihr bestimmte Stelle beruft vor Beginn der Prü-
fungen die Mitglieder der Prüfungsausschüsse und
bestellt deren Vorsitzende. Die Anzahl der Prü-
fungsausschüsse richtet sich nach dem Bedürfnis. Für
die Vorsitzenden und die weiteren Mitglieder sind
Stellvertreter zu bestimmen.

(2) Jedem Prüfungsausschuß müssen angehören:

1. Für den mittleren Dienst
ein Beamter des höheren Dienstes als Vor-
sitzender und mindestens zwei Beamte als
Beisitzer,

2. für den gehobenen Dienst

ein Beamter des höheren Dienstes als Vor-
sitzender und mindestens drei weitere Be-
amte des höheren und des gehobenen Dien-
stes als Beisitzer.

(3) Ein Prüfungsausschuß ist in der sich aus Ab-
satz 2 ergebenden Mindestbesetzung beschlußfähig.
Er beschließt mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmen-
gleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Im Verlauf einer
mündlichen Prüfung ist eine Vertretung nur in
Krankheitsfällen oder aus ähnlichen Gründen zu-
lässig.

§ 28

Durchführung der Prüfungen

(1) Die Prüfungen werden von der obersten
Finanzbehörde angesetzt und von ihr oder der von
ihr bestimmten Stelle organisatorisch geleitet. Ist
die Durchführung der Prüfungen mehreren Prü-
fungsausschüssen übertragen oder sind Beamte mit
der Vorbegutachtung schriftlicher Prüfungsarbeiten
beauftragt (§ 33 Abs. 1 Satz 3), so ist für die Anwen-
dung eines gleichmäßigen Bewertungsmaßstabes
Sorge zu tragen.

(2) Die Prüfungen und die Beratungen des Prü-
fungsausschusses sind nicht öffentlich. Die oberste
Finanzbehörde kann die Anwesenheit von nicht zum
Prüfungsausschuß gehörenden Personen bei den Prü-
fungen allgemein oder im Einzelfall gestatten. In
bezug auf die Teilnahme der Mitglieder des Aus-
schusses für die Koordinierung der Ausbildung und
der Prüfungen bleibt § 41 unberührt.

§ 29

Prüfungsnoten

(1) Die Prüfungsleistungen werden wie folgt be-
wertet:

- | | |
|--------------|--|
| Sehr gut | (1) = eine besonders hervor-
ragende Leistung |
| gut | (2) = eine erheblich über dem
Durchschnitt liegende
Leistung |
| befriedigend | (3) = eine über dem Durch-
schnitt liegende Leistung |
| ausreichend | (4) = eine Leistung, die durch-
schnittlichen Anforderun-
gen entspricht |
| mangelhaft | (5) = eine Leistung mit erheb-
lichen Mängeln |
| ungenügend | (6) = eine völlig unbrauchbare
Leistung. |

(2) Für die Bewertung der Einzelleistungen in der
schriftlichen und in der mündlichen Prüfung können
halbe Noten (1,50, 2,50 usw.) erteilt werden.

§ 30

Schriftliche Prüfung

(1) Der schriftliche Teil der Prüfung umfaßt

- a) für den mittleren Dienst
vier Aufgaben aus folgenden Gebieten:

1. Einkommensteuer
2. Umsatzsteuer
3. Kassen- und Rechnungswesen, auch in Verbindung mit Vollstreckungswesen
4. ein im Unterricht behandeltes Stoffgebiet oder ein allgemeines Thema.

Fragen der Reichsabgabenordnung sind mit einer dieser Aufgaben zu verbinden;

b) für den gehobenen Dienst

aa) in der Zwischenprüfung vier Aufgaben aus folgenden Gebieten:

1. Buchführung und Bilanzwesen
2. Einkommensteuer
3. Reichsabgabenordnung, auch in Verbindung mit einer Steuer
4. ein im Unterricht behandeltes Stoffgebiet oder ein allgemeines Thema;

bb) in der Laufbahnprüfung sieben Aufgaben aus folgenden Gebieten:

1. Buchführung und Bilanzwesen
2. Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer, auch in Verbindung mit Gewerbesteuer
3. Umsatzsteuer
4. Einheitsbewertung und Vermögensteuer
5. Reichsabgabenordnung einschließlich Vollstreckung und Steuerstrafrecht
6. Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
7. ein allgemeines Thema des staatsbürgerlichen Lebens.

(2) Die Prüfungsaufgaben werden von der obersten Finanzbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle ausgewählt. Die für die Arbeit zugelassenen Hilfsmittel und die Bearbeitungszeit müssen auf den Prüfungsaufgaben angegeben sein. Die Prüfungsaufgaben sind geheimzuhalten und für jedes Prüfungsfach getrennt in versiegelten Umschlägen aufzubewahren, die erst an dem jeweils zur Bearbeitung bestimmten Prüfungstage in Gegenwart der Prüflinge zu öffnen sind.

(3) Alle Verwaltungsangehörigen, die von dem Inhalt der Aufgabenentwürfe und von etwaigen Lösungshinweisen Kenntnis erhalten, sind zur Geheimhaltung verpflichtet. Darüber hinaus haben sie durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß Unbefugte keinen Einblick in die Entwürfe erlangen können.

(4) Für die Bearbeitung jeder Aufgabe sind für die Laufbahnprüfung des mittleren Dienstes und für die Zwischenprüfung drei, für die Laufbahnprüfung des gehobenen Dienstes fünf, für die Aufgaben zu Absatz 1 b Buchstabe bb Nr. 6 und 7 mindestens je zwei, zusammen höchstens fünf Stunden zur Verfügung zu stellen. Im Prüfungsverfahren sind Schwer-

beschädigten auf Antrag die ihrer Behinderung angemessenen Erleichterungen zu gewähren; die fachlichen Anforderungen dürfen nicht geringer bemessen werden.

§ 31

Aufsicht bei der schriftlichen Prüfung

(1) Die schriftlichen Arbeiten sind unter der ständigen Aufsicht von Beamten des höheren oder des gehobenen Dienstes (Aufsichtsbeamte) anzufertigen.

(2) Die Plätze der Prüflinge sind zu numerieren und werden an jedem Prüfungstag gewechselt. Die Platznummer jedes Prüflings ist in einem Verzeichnis zu vermerken und der Niederschrift (Absatz 6) beizufügen. Die Prüfungsarbeiten sind mit der Tagesplatznummer zu versehen.

(3) Die Prüflinge haben die Prüfungsarbeiten selbstständig zu fertigen. Dabei ist ihnen verboten, während der Bearbeitungszeit mit anderen Prüflingen zu sprechen oder sich mit ihnen in anderer Weise zu verständigen. Sie dürfen nur die zugelassenen Gesetzestexte und Hilfsmittel verwenden. Während der Anfertigung der Prüfungsarbeiten darf nicht mehr als ein Prüfling zur gleichen Zeit den Prüfungsraum verlassen.

(4) Vor der schriftlichen Prüfung sind die Prüflinge auf die Folgen von Verstößen gegen die Prüfungsordnung oder gegen die Anordnungen des Aufsichtsbeamten hinzuweisen.

(5) Bei Verstößen gegen Absatz 3 hat der Aufsichtsbeamte in schweren Fällen die Arbeiten der beteiligten Prüflinge sofort an sich zu nehmen und die Prüflinge aus dem Prüfungsraum zu weisen. In leichten Fällen kann er gestatten, die Arbeiten zu beenden. Es ist ein Vermerk in die Niederschrift nach Absatz 6 aufzunehmen und der Sachverhalt dem Leiter der Prüfung (§ 28 Abs. 1) unverzüglich zu berichten.

(6) Der Aufsichtsbeamte fertigt über die Durchführung der Prüfung an jedem Tag eine Niederschrift an und vermerkt darin den Hinweis nach Absatz 4 sowie den Beginn und das Ende der Bearbeitungsfrist. Die Ursachen und die Dauer etwaiger Unterbrechungen der Bearbeitungszeit sowie festgestellte Unregelmäßigkeiten sind anzugeben.

(7) Eine halbe Stunde vor Ablauf der für die Bearbeitung der Prüfungsaufgabe vorgesehenen Zeit macht der Aufsichtsbeamte die Prüflinge darauf aufmerksam, daß die Arbeiten in einer halben Stunde abzugeben sind.

(8) Nach Ablauf der für die Bearbeitung der Prüfungsaufgabe vorgesehenen Zeit haben die Prüflinge die Arbeit abzugeben, auch wenn sie unvollendet ist. Die Entwürfe und die Prüfungsaufgaben sind den Lösungen beizufügen.

(9) Der Aufsichtsbeamte vermerkt auf jeder abgegebenen Arbeit, wann der Prüfling die Arbeit begonnen und beendet und für welche Zeit er die Arbeit unterbrochen hat. Der Aufsichtsbeamte hat Verstöße gegen Absatz 3 und sonstige Ordnungswidrigkeiten auf der Arbeit zu vermerken. Er leitet die Arbeiten unverzüglich verschlossen an die zuständige Stelle weiter.

§ 32

Ordnungswidriges Verhalten

(1) Über die Folgen einer Täuschung, eines Täuschungsversuchs oder eines sonstigen ordnungswidrigen Verhaltens entscheidet der Prüfungsausschuß. Er kann die einzelne Prüfungsarbeit in schweren Fällen mit „ungenügend“ bewerten und in besonders schweren Fällen die gesamte Prüfung als nicht bestanden erklären.

(2) Wird eine Täuschungshandlung erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann die oberste Finanzbehörde die Prüfung für ungültig erklären und die Einziehung des Prüfungszeugnisses verfügen. Die Prüfung gilt in diesem Fall als nicht bestanden.

§ 33

Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten

(1) Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden vom Prüfungsausschuß bewertet. Jede Arbeit ist von mindestens einem Mitglied des Prüfungsausschusses zu begutachten, das eine Note vorzuschlagen hat. Die Arbeiten können von besonders beauftragten Beamten, die nicht Mitglieder des Prüfungsausschusses sind, vorbegutachtet werden.

(2) Bei der Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten ist nicht nur die Richtigkeit der Entscheidung, sondern sind auch die äußere Form der Arbeit, deren Gliederung, die Art der Begründung, die Klarheit der Darstellung, die Rechtschreibung und die Gewandtheit des Ausdrucks zu berücksichtigen.

(3) Jede nicht abgelieferte Arbeit gilt als ungenügend.

§ 34

Ergebnis der schriftlichen Prüfung

(1) Der Prüfungsausschuß stellt das Ergebnis der schriftlichen Prüfung fest und entscheidet über die Zulassung zur mündlichen Prüfung.

(2) Das Ergebnis der schriftlichen Prüfung ist in einer Gesamtnote auszudrücken. Diese wird dadurch errechnet, daß die Summe der Ergebnisse der schriftlichen Prüfungsarbeiten durch die Zahl der vorgeschriebenen Arbeiten geteilt wird.

(3) Prüflinge, deren schriftliche Arbeiten entweder überwiegend mit einer schlechteren Note als 4,0 oder insgesamt im rechnerischen Durchschnitt schlechter als 4,25 bewertet worden sind, werden vom Prüfungsausschuß zur mündlichen Prüfung nicht zugelassen; sie haben die Prüfung nicht bestanden. Die anderen Prüflinge sind ohne besondere Mitteilung zur mündlichen Prüfung zugelassen.

§ 35

Mündliche Prüfung

(1) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses leitet die mündliche Prüfung. Er hat dafür zu sorgen, daß die Prüflinge in geeigneter Weise befragt werden. Er ist berechtigt, jederzeit in die Prüfung einzugreifen.

(2) In der mündlichen Prüfung sollen Gruppen von jeweils nicht mehr als fünf, in Ausnahmefällen sechs Prüflingen geprüft werden. Die Prüfungszeit für jeden Prüfling beträgt in der Laufbahnprüfung für den mittleren Dienst und in der Zwischenprüfung durchschnittlich 30, in der Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst durchschnittlich 45 Minuten.

(3) Bei Beginn der mündlichen Prüfung muß dem Vorsitzenden und jedem Mitglied des Prüfungsausschusses ein Beurteilungsblatt nach dem Muster der Anlage 5 vorliegen, in dem besonders die Beurteilung durch den Vorsteher und die Lehrer sowie die Bewertung der während der Lehrgänge angefertigten Aufsichtsarbeiten und der schriftlichen Prüfungsarbeiten vermerkt sind; außerdem müssen die Personal- und Ausbildungsakten vorliegen.

(4) Die mündliche Prüfung kann sich auf alle Gebiete erstrecken, die Gegenstand der praktischen Ausbildung, und auf alle Lehrfächer, die Gegenstand der theoretischen Ausbildung waren. Daneben können Fragen gestellt werden, die ein Urteil darüber erlauben, ob die Prüflinge eine angemessene Allgemeinbildung besitzen.

(5) Die einzelnen Prüfungsleistungen werden durch den Prüfungsausschuß benotet.

(6) Das Prüfungsergebnis der mündlichen Prüfung ist in einer Gesamtnote auszudrücken; dabei können auch die Leistungen des Prüflings in der praktischen und der theoretischen Ausbildung berücksichtigt werden.

§ 36

Ergebnis der gesamten Prüfung

(1) Im Anschluß an die mündliche Prüfung stellt der Prüfungsausschuß das Ergebnis der gesamten Prüfung fest. Auf Grund des Ergebnisses der schriftlichen und der mündlichen Prüfung wird die Gesamtnote ermittelt.

(2) Das Gesamturteil im Prüfungszeugnis lautet bei einer Gesamtnote

bis 1,66	sehr gut
von 1,67 bis 2,33	gut
von 2,34 bis 3,33	befriedigend
von 3,34 bis 4,15	ausreichend.

Bei einer Gesamtnote von mehr als 4,15 ist die Prüfung nicht bestanden.

§ 37

Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses

(1) Der Vorsitzende gibt den Prüfungsteilnehmern nach Abschluß der Beratungen des Prüfungsausschusses das Gesamtergebnis der Prüfung, die Gesamtnote sowie die Bewertung der Einzelleistungen in der schriftlichen und die Gesamtnote der mündlichen Prüfung bekannt.

(2) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Zeugnis nach dem Muster der Anlage 6.

§ 38

Wiederholung der Laufbahnprüfung

(1) Hat ein Prüfling die Laufbahnprüfung nicht bestanden und ist eine Wiederholung zulässig, so schlägt der Prüfungsausschuß im Anschluß an die Prüfung den Zeitabschnitt vor, nach dessen Ablauf sie frühestens wiederholt werden kann.

(2) Dem Prüfling wird bei Wiederholung der Prüfung die erneute Teilnahme an dem der Prüfung vorangehenden Abschlußlehrgang gestattet.

(3) Die Wiederholung einer nicht bestandenen Laufbahnprüfung umfaßt die ganze Prüfung.

(4) Der Prüfungsausschuß kann Anwärtern des gehobenen Dienstes, die die Laufbahnprüfung endgültig nicht bestanden haben, die Befähigung für die Laufbahn des mittleren Dienstes zuerkennen, wenn die nachgewiesenen Kenntnisse dafür ausreichen und die Erfolglosigkeit der Prüfung nicht auf mangelnden Fleiß oder mangelnde charakterliche Eignung zurückzuführen ist. Prüflinge, denen die Befähigung für die Laufbahn des mittleren Dienstes zuerkannt wird, erhalten ein Befähigungszeugnis nach dem Muster der Anlage 7.

§ 39

Nichtteilnahme an der Prüfung oder an einzelnen Prüfungsteilen

(1) Nimmt ein Prüfling nicht an der gesamten Prüfung teil, so gilt sie als nicht bestanden.

(2) Die Prüfung gilt als nicht abgelegt, wenn der Prüfling aus einem von ihm nachweislich nicht zu vertretenden Grunde (zum Beispiel Krankheit) an der Ablegung der Prüfung verhindert ist. Es entscheidet der Prüfungsausschuß. Eine Erkrankung ist auf Verlangen durch ein amtsärztliches Zeugnis nachzuweisen.

(3) Hat ein Prüfling aus den in Absatz 2 genannten Gründen bei der Laufbahnprüfung für den mittleren Dienst und bei der Zwischenprüfung für den gehobenen Dienst eine schriftliche Arbeit, bei der Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst bis zu zwei schriftliche Arbeiten versäumt, so sind die fehlenden Arbeiten nachzuholen.

(4) Hat ein Prüfling aus den in Absatz 2 genannten Gründen nicht an der mündlichen Prüfung teilgenommen, so ist diese unverzüglich nach Beseitigung des Hinderungsgrundes, spätestens innerhalb von sechs Monaten, nachzuholen.

§ 40

Beurkundung des Prüfungsherganges

(1) Über den Prüfungshergang ist eine Niederschrift nach dem Muster der Anlage 8 zu fertigen und mit den Prüfungsarbeiten zu den Prüfungsakten zu nehmen.

(2) Die Prüfungsakten sind zehn Jahre aufzubewahren.

DRITTER TEIL

Gewährleistung der einheitlichen Ausbildung (Koordinierungsausschuß)

§ 41

(1) Zur Koordinierung der einheitlichen Ausbildung innerhalb der Steuerverwaltung wird ein Ausschuß aus je einem Vertreter des Bundesfinanzministeriums und der Finanzministerien (Finanzbehörden) der Länder gebildet.

(2) Der Koordinierungsausschuß hat vor allem die Aufgabe,

1. a) in die Einrichtungen und Maßnahmen der einzelnen Länder auf dem Gebiete der Ausbildung sowie
- b) in den Lehrgangsbetrieb der Bundesfinanzakademie
Einblick zu nehmen,
2. an den Laufbahnprüfungen und den Zwischenprüfungen teilzunehmen,
3. a) über die Auswahl der Laufbahnbewerber und der Aufstiegsbeamten sowie
- b) über die Durchführung der Ausbildung und der Prüfungen für die Anwärter und für die Aufstiegsbeamten sämtlicher Laufbahnen sowie für die weitere Vorbildung der Praktikanten
Erfahrungen auszutauschen,
4. Richtlinien über die Zeit- und Stoffverteilung im Unterricht auszuarbeiten,
5. Tagungen für die Ausbildungsreferenten, die Leiter und Lehrer der Finanzschulen, die Leiter und Lehrer der lehrgangsmäßigen Ausbildung bei den Oberfinanzdirektionen sowie die Ausbildungsleiter vorzubereiten.

(3) Der Koordinierungsausschuß kann zur Vorbereitung und Durchführung seiner Aufgaben aus dem Kreis seiner Mitglieder einen Arbeitsausschuß bilden und für ihn einen Arbeitsplan aufstellen.

(4) Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses sind befugt, Einsicht in die Prüfungsunterlagen zu nehmen.

(5) Die Leitung des Koordinierungsausschusses und des Arbeitsausschusses sowie die Geschäftsführung liegen beim Vertreter des Bundesfinanzministeriums.

(6) Der Koordinierungsausschuß empfiehlt Maßnahmen für die Gewährleistung eines einheitlichen Ausbildungsstandes innerhalb der Steuerverwaltung.

Vierter Teil

Schlußvorschriften

§ 42

Übergangsregelung

Diese Verordnung gilt nicht für solche Bewerber, die ihre Ausbildung bereits vor dem 1. April 1962 begonnen haben.

§ 43

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 10 des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 44

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt, vorbehaltlich der Regelung in Absatz 2, mit Wirkung vom 1. April 1962 in Kraft.

(2) § 15 Abs. 2 tritt am 1. April 1965 in Kraft.

Bonn, den 30. April 1962

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Hettlage

Anlage 1 umstehend

Anlage 1
Muster zu § 5 Abs. 1

(Seite 1)

Plan für die praktische Ausbildung

des
(Dienstbezeichnung) (Name, Vorname)
aus dem Bezirk der Oberfinanzdirektion

Aufgestellt:

....., den 19.....

.....
Vorsteher des Finanzamts.....
Ausbildungsleiter

(Seite 2)

Amt und Arbeitsplatz	Planmäßig vorgesehene Zeit	Tatsächlich abgeleistete Zeit
1	2	3

(Seite 3)

Äußerung des Beamten, in dessen Arbeitsgebiet die praktische Ausbildung stattfindet	Sichtver- merk des Vorstehers des Finanz- amts und des Aus- bildungs- leiters	Bemerkungen
4	5	6

Anlage 2
Muster zu § 5 Abs. 2

Oberfinanzdirektion

Finanzamt

Aktenzeichen

**Gesamtbeurteilung
über die praktische Ausbildung**

für den Finanzanwärter

Steueranwärter

geboren am eingetreten am

1. Fleiß und Diensteifer

2. Anlagen

3. Auffassungsgabe und geistige Beweglichkeit

4. Zuverlässigkeit und Gründlichkeit in der praktischen Arbeit

5. Dienstliche und außerdienstliche Führung

6. Verhalten zu Vorgesetzten und zum Publikum

7. Besondere Eigenschaften

.....

.....

.....

.....

8. Durchschnittsergebnis der Aufsichtsarbeiten

9. Theoretische Kenntnisse

10. Sonstige Bemerkungen, vor allem kurze Schilderung der Persönlichkeit

.....

.....

.....

Gesamtergebnis: Für die eingeschlagene Laufbahn

sehr gut geeignet

gut geeignet

geeignet

noch geeignet

nicht geeignet *)

....., den 19.....

Unterschrift

des Vorstehers

des Ausbildungsleiters

.....

*) Nichtzutreffendes streichen

Anlage 3

Muster zu § 7

(Seite 1)

Beschäftigungsnachweis

des

aus dem Bezirk der Oberfinanzdirektion

einberufen am

enthaltend eine Übersicht seiner Tätigkeit während derjährigen Vorbereitungszeit.

Anmerkung

Der Beschäftigungsnachweis ist fortlaufend in monatlichen Abschnitten zu führen und monatlich dem Ausbildungsleiter und von ihm dem Vorsteher nach jedem Ausbildungsteilabschnitt vorzulegen.

(Seite 2/3)

1	2	3	4	5	6	7
Jahr und Monat der Beschäftigung	Amort und Arbeitsplatz	Beschäftigung unter Hervorhebung einzelner bedeutender Dienstverrichtungen	Bestätigung des Beamten, in dessen Arbeitsgebiet die praktische Ausbildung stattfindet	Gegenstände des theoretischen Unterrichts	Monatlicher Sichtvermerk des Vorstehers und des Ausbildungsleiters	Besondere Bemerkungen

Anlage 4
Muster zu § 8

(Seite 1)

Unterrichtsbuch
betreffend Unterricht

von Anwärtern des
gehobenen Dienstes
mittleren Dienstes

19.....

(Seite 2)

1	2	3	4
Monat Tag	Unterrichtszeit von bis	Unterrichts- beamter (Name, Amtsbezeichnung)	Stoffgebiet

(Seite 3)

5	6	7	8
Behandelter Stoff (Angabe nach §§ oder Stichworten)	Lehrkraft (Hand- zeichen)	Vermerke: (Erkrankung = kr entschuldigtes Fehlen = eF unentschuldigtes Fehlen = uF Sonstiges)	Sicht- vermerk

Anlage 5

Muster zu § 35 Abs. 3

Beurteilungsblatt

Laufbahnprüfung / Zwischenprüfung 19.....

für den $\frac{\text{mittleren}}{\text{gehobenen}}$ Dienst / für den gehobenen Dienst

Name: Finanzamt:

Vorname: Dienstbezeichnung:

geboren am: Schulbildung:

Familienstand:

Kinder:

Erwerbsminderung: %

Vorsteherurteil:

	Allgem. Rechts- kunde	AO u. Vollstr.- wesen	Est, KöSt, GewSt	USt	Einh. Bew. u. VSt	Buchf., Bilanz- wesen usw.	Kasse, Haushalt usw.	Staats- u. Verwalt.- kunde, Beamten- wesen usw.
Lehrerurteil:								

Durchschnitt:

Schriftliche Prüfung:								
-----------------------	--	--	--	--	--	--	--	--

Gesamtnote:

Mündliche Prüfung:								
--------------------	--	--	--	--	--	--	--	--

Gesamtnote:

Ergebnis der Prüfung:

Anlage 6
Muster zu § 37 Abs. 2

Der Prüfungsausschuß
bei
.....

Prüfungszeugnis

Der
(Dienstbezeichnung) (Vor- und Zuname)

geboren am in

hat die Laufbahnprüfung für den Dienst am 19.....
Zwischenprüfung

mit dem

Gesamturteil „.....“

bestanden.

....., den 19.....

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses

.....

(Siegel)

Anlage 7

Muster zu § 38 Abs. 4

Befähigungszeugnis

Der Prüfungsausschuß

bei

hat am

Frau / Fräulein / Herrn

beim Finanzamt nach § 38 Abs. 4 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung

vom

.....
die Befähigung für die Laufbahn des mittleren Dienstes in der Steuerverwaltung zuerkannt.

....., den 19.....

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses

.....

(Siegel)

Der Prüfungsausschuß

bei

(Ort)

(Datum)

Niederschrift über den Prüfungshergang

über die Laufbahnprüfung / Zwischenprüfung 19.....

für den $\frac{\text{mittleren}}{\text{gehobenen}}$ Dienst / für den gehobenen Dienst

Die Prüflinge:

1.
2.
3.
4.
5.
6.

sind in der heutigen Sitzung des Prüfungsausschusses nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom
.....
mündlich geprüft worden.

Dem Prüfungsausschuß haben angehört:

1. als Vorsitzender,
2. als Beisitzer,
3. als Beisitzer,
4. als Beisitzer,
5. als Beisitzer.

Mündliche Prüfung

Die mündliche Prüfung erstreckte sich auf folgende Fachgebiete:

1.
2.
3.
4.
5.
6.

Die aus den einzelnen Prüfungsleistungen nach § 35 Abs. 6 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung errechnete Gesamtnote lautet für

1.
2.
3.
4.
5.
6.

Schriftliche Prüfung

Die schriftliche Prüfung wurde vom bis abgelegt.

Die einzelnen Prüfungsleistungen der schriftlichen Prüfung wurden wie folgt bewertet:

Für den Prüfling Nr.	1	2	3	4	5	6
Prüfungsaufgabe						
Nr. 1						
Nr. 2						
Nr. 3						
Nr. 4						
Nr. 5						
Nr. 6						
Nr. 7						

Gesamtnote
(nach § 34 Abs. 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung).

Ergebnis der Prüfung

Das vom Prüfungsausschuß nach § 36 Abs. 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung festgestellte Gesamturteil lautet:

Für den Prüfling (Namen)

- | | |
|---------|-----------|
| 1. | bestanden |
| 2. | bestanden |
| 3. | bestanden |
| 4. | bestanden |
| 5. | bestanden |
| 6. | bestanden |

Begründung der Entscheidungen und Maßnahmen des Prüfungsausschusses:

- a) Nichtteilnahme an der Prüfung oder an einzelnen Prüfungsteilen (§ 39 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung)

.....
.....

- b) Feststellung der Beschlußfähigkeit (§ 27 Abs. 3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung)

.....
.....

- c) Anerkennung der Leistungen in der Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst als Ersatz für die Laufbahnprüfung für den mittleren Dienst und deren Ergebnis (§ 38 Abs. 4 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung)

.....
.....

- d) Ausschluß von der Prüfung bei ordnungswidrigem Verhalten (§ 32 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung)

.....
.....

- e) Berücksichtigung von Lehrgangsergebnis und Leistungen in der Verwaltung (§ 35 Abs. 6 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung)

.....
.....

f) Frist für die Wiederholung der Laufbahnprüfung für den mittleren/gehobenen Dienst (§ 38 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung)

.....

.....

Die einzelnen Prüfungsleistungen und die Ergebnisse der Prüfungen sind den Prüflingen bekanntgegeben worden (§ 37 Abs. 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung).

Die Prüfungszeugnisse wurden am ausgehändigt (§ 37 Abs. 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung).

Der Prüfungsausschuß

.....
(Vorsitzender)

.....
(Beisitzer)

.....
(Beisitzer)

.....
(Beisitzer)

.....
(Beisitzer)

.....
(Beisitzer)

.....
(Beisitzer)

Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnung nachrichtlich hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Bundesanzeiger Nr.	vom	Tag des Inkraft- tretens
Verordnung Nr. 7/62 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt Vom 16. April 1962	81	27. 4. 62	Inkraft- treten gemäß § 4

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — **Verlag:** Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H., Bonn/Köln. — **Druck:** Bundesdruckerei.
Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag. Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I und Teil II je DM 5,— zuzüglich Zustellgebühr. Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung. Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandgebühr DM 0,10